

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 6 86 848 ppbn d
Telefax: 21 08 84



Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier MdB warnt vor einer Verfälschung des Kommunalwahlergebnisses in Niedersachsen

Seite 1

Dokumentation:

Gerhard Schröder, der niedersächsische Ministerpräsident, hat anlässlich der Benennung der Universität Oldenburg nach Carl von Ossietzky an die Verantwortung der Wissenschaft erinnert. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut. (Teil I)

Seite 3

46. Jahrgang / 191

7. Oktober 1991

Keine Verfälschungen!

Zum Ausgang der Kommunalwahl in Niedersachsen

Von Inge Wettig-Danielmeier MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

"Wir sind noch einmal davongekommen", könnte der Stoßseufzer von SPD und CDU in Niedersachsen heißen. Davongekommen ist die CDU, weil sie nach den Umfragen der letzten Monate von einem Sturz unter die 40 Prozent ausgehen mußte, und davongekommen ist die SPD, weil die Sozialdemokraten nach dem Bremer Debakel mit ähnlichen Erschütterungen in Niedersachsen rechneten.

Nicht davongekommen sind die eiligen Interpreten, die auf dem Bildschirm den beachtlichen Verlust der CDU in einen Sieg verwandeln wollten und den geringen Verlust der SPD in eine schwere Niederlage. Entgegen allen Erkenntnissen der Wahlforschung wurde Unvergleichbares verglichen, um die gewünschte Interpretation abgeben zu können. Deshalb bedarf diese Interpretation einiger Korrekturen.

1. Das Kommunalwahlergebnis darf nur mit der Kommunalwahl von 1986 verglichen werden, da bei der Kommunalwahl ein völlig anderes Wahlsystem angewandt wird (Drei Stimmen mit Panaschieren und Kumulieren).
2. Auch die deutlich niedrigere Wahlbeteiligung verfälscht jeden direkten Vergleich. Nur als Stimmungstest kann das Ergebnis herangezogen werden. Unter diesem Aspekt zeigt das Ergebnis: Die abgesunkene Wahlbeteiligung und die Verluste von SPD und CDU deuten auf eine labile Wählerstimmung. Nicht zuletzt hat sich die positive Wählerstimmung des Sommers für die SPD als labil herausgestellt. Aus dieser labilen Situation konnten CDU und SPD im direkten Wettbewerb keine Vorteile ziehen. Allenfalls Wählergruppen und rechtsradikale Gruppen haben davon profitiert; in geringem Umfang auch FDP, Grüne und linke Listen.
3. Ein möglicher Erfolg rechtsradikaler Parteien ist offensichtlich nur durch die geringe Zahl der aufgestellten Listen begrenzt worden. Warnsignale sind die Erfolge der Reps in Hannover und Delmenhorst sowie die Erfolge von rechtsorientierten Wählergruppen.
4. Wie bei jedem Kommunalwahlergebnis in Niedersachsen verdeckt das Gesamtergebnis viele regionale Besonderheiten. Zu diesen regionalen Besonderheiten gehört, daß durch den großen Verlust der CDU und den kleinen der SPD viele Landräte und Bürgermeister von der CDU zur SPD wechseln werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit recyceltem & chlorfrei
Recycling-Papier



5. Die SPD-Verluste in fast allen größeren Städten Niedersachsens deuten daraufhin, daß das Asylthema in Grenzen des SPD-Potential berührt hat. Die Verlustspanne von 0,5 (Osnabrück) bis 5,3 Punkten (Hannover) zeigt jedoch, daß lokale Faktoren wie bei jeder Kommunalwahl eine große Rolle gespielt haben müssen. Die CDU wird aus dieser Wahl auch die Lehre ziehen müssen, daß mit dem Asylthema allein keine Wahl zu gewinnen ist.
6. Bedenklich unter den SPD-Stimmenverlusten in Niedersachsen sind die Rückgänge in den beiden größten Städten des Landes, Hannover und Braunschweig. Der Wandel dieser Städte vom Industriestandort zum Dienstleistungszentrum hat wie in anderen Städten das SPD-Potential schmelzen lassen. Für die Mehrheitsfähigkeit der SPD ist das Umkehren dieser Entwicklung bis 1994 die Schlüsselfrage.
7. Der langfristige Vergleich von SPD und CDU zeigt, daß sich in Niedersachsen seit gut 25 Jahren zwei gleich große Lager gegenüberstehen. Nach Herausbildung der Polarisation SPD und CDU ab 1963, als die vorher starken Parteien DP und BHE aus der Landespolitik verschwanden, lagen die Ergebnisse bei Kommunal- und Landtagswahlen meist nahe beieinander. Nur von 1974 bis 1982 konnte die CDU in der Abstiegsphase der sozialliberalen Koalition ihr Lager erweitern. Die 1984 mit der Europawahl begonnene Rückkehr zu den alten Strukturen heißt: Die CDU lag bei dieser Wahl knapp vor der SPD. Auf mehr läßt das Ergebnis nicht schließen.

Wahlergebnisse Niedersachsen (Landtags- und Kommunalwahlen)

		SPD	CDU
L	1967	43,3	41,4
K	1968	41,7	38,9
L	1970	46,3	45,7
K	1972/73/74	44,7	46,8
L	1974	43,1	48,8
K	1976	44,9	47,3
L	1978	42,2	48,7
K	1981	36,9	50,2
L	1982	36,5	50,7
L	1986	42,1	44,3
K	1986	40,5	46,0
L	1990	44,2	42,0
K	1991	40,2	43,1

(-/7. Oktober 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Carl von Ossietzky - die Verantwortung der Wissenschaft hat einen Namen (Teil I)

Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder hat anlässlich der Namensgebung 'Carl-von-Ossietzky-Universität' für die Universität Oldenburg, am 3. Oktober 1991 grundsätzlich zur Verantwortung der Wissenschaft Stellung bezogen. Wir dokumentieren seine Rede in zwei Teilen.

"Wir gedenken heute des 102. Geburtstages von Carl von Ossietzky. Wir feiern den ersten Jahrestag der deutschen Vereinigung, und wir feiern natürlich, daß die Carl-von-Ossietzky-Universität nach nahezu 18 Jahren nun endlich auch offiziell diesen Namen trägt. 1972 lehnte die damalige Landesregierung den Vorschlag der Universität, sich nach Carl von Ossietzky zu benennen, ab. Heute sage ich Ihnen: Ich gebe mich nicht damit zufrieden, eine falsche Entscheidung dieser Tragweite einfach nur rückgängig zu machen. Ich will mehr: Ich will, daß solche Entscheidungen in Zukunft erst gar nicht mehr gefällt werden können.

Wir sollten es als gutes Omen betrachten, daß die neue deutsche Einheit am Geburtstag Carl von Ossietzkys vollzogen wurde. Einheit - das war Ossietzkys zentrales Thema in den letzten Jahren, in denen er publizieren konnte. Gewiß, es war eine andere Einheit, um die er kämpfte. Ihm ging es um die Einheit der Arbeiterparteien, die er beide als lebenswichtig, beide als "legale Zweige der Arbeiterbewegung" erachtete. Um Einheit gegen den erstarkenden Faschismus, gegen Diktatur, Menschenverachtung, Kriegstreiberei.

Carl von Ossietzky wollte Frieden. Äußeren Frieden und inneren. Carl von Ossietzky wollte Menschlichkeit, die Freiheit, Gleichheit und Toleranz einschließt. Ich will nicht spekulieren, wie Ossietzky die deutsche Einheit beurteilt hätte und das, was sich im letzten Jahr daraus entwickelt hat. Solche Spekulationen hat es meines Erachtens in der Vergangenheit zu viele gegeben. Ich betrachte es als eine positive Auswirkung der Einheit, daß der unsinnige Streit nun endlich ein Ende hat, welchem der beiden deutschen Staaten Carl von Ossietzky "gehört", mit welchem der beiden Deutschlands er sich identifiziert hätte.

Ich meine, mit keinem der beiden, und auch nicht mit dem heutigen Deutschland. Denn Ossietzky ging es nie um Identifikation, sei es mit einem Staat, sei es mit einer politischen Ideologie. Ihm ging es um das Leben der Menschen, in Deutschland, in Europa, in der Welt. Und so hätte er sowohl der Bundesregierung als auch meiner Partei gehörig die Leviten gelesen für diese unfaßbaren Gewaltakte gegen Ausländer, deren Zusammenhang zu der menschenverachtenden Asyldebatte der letzten Monate niemand leugnen kann.

Er hätte sich engagiert für die neuen Bundesländer, gegen die dort einfallenden Geschäftemacher. Er wäre zu Felde gezogen gegen den oft nur mühsam unterdrückten nationalen Chauvinismus. Und hätte sich jedem Gedankenspiel um den Einsatz deutscher Soldaten außerhalb unserer Grenzen widersetzt. Soviel, denke ich, kann man ruhigen Gewissens sagen, ohne in Spekulation zu verfallen.

Aber mehr auch nicht. Carl von Ossietzky hatte zwei Merkmale, die ihn wie keinen anderen zur Vorbildfigur für unsere Demokratie machen, und die ihn gleichzeitig jeglicher Vereinnahmung für irgendeine Partei oder Weltanschauung entziehen. Er hatte seinen eigenen Kopf, und er hat sein Leben lang nicht aufgehört zu lernen.

Carl von Ossietzky hat sich nie im Besitz der endgültigen Wahrheit gesehen, und er hat auch gar nicht danach gesucht. Sondern hat Argumente immer wieder geprüft, unvoreingenommen. Er hat gute Argumente gut geheißen, auch wenn sie von der falschen Seite kamen. Und er hat

schlechte unbarmherzig kritisiert, auch wenn es ihm weh tat. Denn allzuoft kamen schlechte Argumente von seinen politischen Freunden.

An sich selbst hat er dabei zuletzt gedacht. Er hat die Verantwortung für Beiträge seiner Kollegen in der "Weltbühne" übernommen, hat sich - trotz drohender Gefängnisstrafe - ohne Abstriche mit diesen Beiträgen identifiziert, weil es ihm um die Inhalte, um die Sache, um den Frieden ging. Er ist ins Gefängnis gegangen, obwohl er von staatlicher Seite zur Flucht förmlich gedrängt wurde. Nicht als Märtyrer, sondern weil er hoffte, damit den Inhalten, der Sache, dem Frieden mehr zu nützen.

Wir leben heute in anderen Zeiten. Für Ossietzkys Ideale, für inneren und äußeren Frieden zu kämpfen, braucht es sehr viel weniger Mut. Aber immer noch zu viel, wie es scheint.

Wir haben Anfang des Jahres erlebt, wie Krieg plötzlich wieder gesellschaftsfähig wurde, wie das Ja zum Krieg geradezu zum Kriterium demokratischer Gesinnung erhoben wurde. Auf einmal hatten Hunderttausende von Toten als gerechter Preis für die Bestrafung eines skrupellosen Diktators zu gelten - weil die USA den Golfkrieg für unausweichlich erklärt hatten, und weil man die USA nicht kritisiert.

Und wir erleben heute, wie die unfassbaren Vorgänge in Hoyerswerda nicht etwa stärkere Anstrengungen zur Integration von Ausländern und Ausländerinnen zur Folge haben, sondern das Gegenteil: Eine verstärkte Ausgrenzung - weil die Stimmung in der Bevölkerung scheinbar so ist. Auch meine Partei kann ich von diesem Vorwurf nicht ausnehmen.

"Das ist das Erschütternde an dem gegenwärtigen Zustand", schrieb Ossietzky 1932 - in einer zugegeben anderen Situation: "Nicht der Faschismus siegt, die anderen passen sich ihm an. In so entscheidenden Phasen wie heute kommt es nicht auf Angleichung und Schutzfärbung an, sondern auf die Herausarbeitung des konsequenten Gegentyps der herrschenden Mächte."

Carl von Ossietzky hat sich diese Schutzfärbung nie zugelegt, er hat sich nie auf taktische Winkelzüge eingelassen. Und ist deswegen auch mit meiner Partei heftig angeeinandergeraten. So 1928, als Reichskanzler Hermann Müller den Bau des "Panzerkreuzer A" genehmigte, nachdem die SPD den Reichstagswahlkampf unter anderem mit der Parole "Schulspeise statt Panzerschiffe" gewonnen hatte. So 1932, als die SPD bei der Wahl des Reichspräsidenten den Kandidaten Hindenburg unterstützte. Ossietzky rief zur Wahl des KPD-Kandidaten Ernst Thälmann auf - weil es den "akzeptablen Sozialdemokraten", den er gern gewählt hätte, als Kandidaten nicht gab.

Solche Menschen fehlen heute. Menschen, die keine Parteipolitiker sind und sich dennoch in die Politik einmischen. Die nicht eine Partei für sich denken lassen, sondern eigene Überzeugungen haben und diese auch bei Gegenwind verfechten.

Stattdessen legen unsere Parteien in den Parlamenten ein Verhalten an den Tag, um das sie jede Kaderpartei beneiden würde. Sie haben das selbst erlebt, im Februar 1984. Damals gab es im Landtag eine Mehrheit für Horst Mildes Antrag, endlich einen Fachbereich Rechtswissenschaften in Oldenburg einzurichten. In der Abstimmung wurde der Antrag dennoch abgelehnt. Weil zwei Oldenburger Abgeordnete - unter massivem Druck der CDU-Fraktion, wie der eine von ihnen vor dem Landtag offenlegte - gegen diesen Antrag und damit gegen ihre eigene Überzeugung stimmten. Obwohl doch der Satz "Die Partei hat immer recht" eigentlich einer ganz anderen Glaubensrichtung zu geschrieben wird.

Vielleicht war es diese Autonomie im Denken, die Carl von Ossietzky klarer als andere die Gefahren des Faschismus hat erkennen und beschreiben lassen. Mit Sicherheit war es diese Autonomie im Denken, die ihn für die Nazis so gefährlich gemacht hat. Er hat dafür im Konzentrationslager mit unmenschlicher Folter und schließlich mit seinem Leben bezahlt. Und es war diese Unbeugsamkeit im Denken und Handeln, die ihn im Ausland zum Symbol für das andere Deutschland werden ließ.

Ein einziges Mal nur gelang es in diesen ersten Jahren des Hitler-Faschismus, Menschen in der ganzen Welt zu einer gemeinsamen Kampagne gegen die Diktatur zu mobilisieren. Das zu ermöglichen, bedurfte es einer Person von der Statur Carl von Ossietzkys. Ihm den Friedensnobelpreis zu verleihen, war das Ziel dieser Kampagne - und sie war letztlich erfolgreich.

Bei alledem sollten wir aber eins nicht vergessen: Ossietzky war kein Heiliger. Er wollte kein Held sein. Und wir sollten ihn auch nicht zum Heiligen machen - damit nutzen wir weder uns noch seinen Andenken. Mir jedenfalls ist dieser Mensch Ossietzky - bei aller Bewunderung - ganz einfach auch ungeheuer sympathisch: Dieser Mensch Carl von Ossietzky war kein Politiker - er hat gelebt. Er hat politische Kommentare ebenso geschrieben wie Liebesgeschichten und Theaterrezensionen. Er hat Analysen von unvergleichlichem Scharfsinn verfaßt - und Artikel über die Frauenbewegung von solch hanebüchener Voreingenommenheit, daß selbst der Deutsche Hausfrauenbund sie ihm heute um die Ohren hauen würde. Er wollte Lehrer werden und hat nicht mal die Mittlere Reife geschafft. Er hat sich als Politiker versucht und ist mit seiner Parteigründung jämmerlich gescheitert. Er hat sich um seine Tochter viel weniger gekümmert, als ein Vater das tun sollte. Und im Gefängnis plagte ihn vor allem ein Problem: Daß er nicht rauchen durfte.

Ein unvergleichliches Vorbild mit solch menschlichen Zügen und Fehlern - ich meine, das macht ihn erst recht geeignet als Namenspatron für eine Universität. Ich jedenfalls hätten nicht an einer Universität studieren mögen, die nach einem Heiligen benannt ist.

Natürlich läßt sich die Frage nicht umgehen: Hat Peter von Oertzen das alles nicht gewußt, als er 1982 als Kultusminister das Votum des Gründungsausschusses ablehnte, der Universität Oldenburg den Namen Carl von Ossietzkys zu geben? Ich denke, er hat es gewußt. Vielleicht nicht alles, denn in der Nachkriegszeit galt Ossietzky nicht allen Sozialdemokraten als Leitfigur. Schließlich hatte er die SPD immer wieder und hart angegriffen.

Aber Peter von Oertzen hatte nie Berührungängste gegenüber der Linken. Ihm ging es um etwas anderes. Er kann - da ist er fast ein Hanseat - mit Orden und Ehrenzeichen nichts anfangen. Und so entschied er nicht gegen Carl von Ossietzky, sondern gegen eine Namensgebung überhaupt, weil jeder Name für eine Universität ihm hohl und nichtssagend erschien. Solche Entscheidungen haben auch andere getroffen und in der Regel war der Fall damit erledigt. Wie in Bremen, wo der Namensvorschlag "August-von-Bebel-Universität" in der Schublade verschwand und von niemandem mehr reklamiert wurde.

In Oldenburg war das nicht der Fall. Der Namensvorschlag war keine Eintagsfliege. Sie haben ihn ernst gemeint und als Verpflichtung verstanden. Das nicht bemerkt zu haben, kann man zwar nicht von Oertzen vorwerfen, wohl aber seinem Nachfolger im Kultusministerium Joist Grolle, der ausgerechnet aus Oldenburg kam. Unter seiner Verantwortung kam es zu jener Aktion, die weltweite Proteste hervorrief: Unter dem Schutz von 200 Polizeibeamten wurde der Schriftzug "Carl von Ossietzky-Universität" von ihrem Allgemeinen Verfügungszentrum entfernt.

Es war eine beschämende Aktion. Und ich glaube, kein anderer hat sich dafür mehr geschämt als Joist Grolle selbst. Er leidet bis heute unter dieser Entscheidung. Er hat - in sehr aufrichtiger Art, wie ich finde - Jahre später versucht, sie zu erklären. Vordergründig sei es die Angst um die Ein-Stimmen-Mehrheit der damaligen sozialliberalen Landesregierung gewesen, schreibt Grolle. Die FDP hatte unter der Drohung des Koalitionsbruchs die Entfernung des Schriftzuges verlangt - und die SPD hatte ihr im Juli 1975 nachgegeben.

Damit allein freilich ist diese fatale Aktion nicht zu erklären. Grolle hat da auch nicht versucht. Er sagt selbst, daß er damals von dieser Namenswahl nicht überzeugt war. Angesichts der massiven Proteste von Bürgervereinen gegen die Namensgebung fürchtete er, Ossietzkys Name könnte in der lokalpolitischen Auseinandersetzung verschlissen werden.

"Für solche Besorgnis sprach", schreibt er, "daß es in der Tat verwegen war, ausgerechnet in Oldenburg, wo seit eh und je eher Grünkohlkönige als Republikaner regieren, das Panier Ossietzkys aufzupflanzen." Daß dieses Argument wenig überzeugend ist, hat Grolle selbst eingesehen. "Wichtiger ist", schrieb er 1984, "daß die Demokraten in unserem Land gemeinsam das politische Erbe Ossietzkys weitertragen. Solcher Bemühungen hätte die Namensgebung in Oldenburg eine Bresche schlagen können. Gerade die Befremdung, auf die der Name Ossietzky in einem konservativen Umfeld stieß, hätte eine Herausforderung sein können, dem KZ-Häftling Ossietzky in Oldenburg Bürgerrecht zu erstreiten."

Soweit die Überlegungen von Joist Grolle. Wir brauchen ihm keine Vorwürfe mehr zu machen: Er hat sie sich selbst gemacht. Und hätte nichts lieber getan, als diese Entscheidung rückgängig zu machen. Aber dazu hatte er keine Gelegenheit mehr. Denn auch hier erwies sich, wie recht Carl von Ossietzky mit seiner Ablehnung taktischer Winkeltzüge hatte: Nur ein halbes Jahr nach dem Polizeieinsatz gegen Ossietzkys Namen verlor die Koalition ihre Mehrheit dennoch. Und gegen die Dunkelmänner, die sich bis heute nicht zu erkennen gegeben haben, halfen diesmal auch keine taktischen Winkeltzüge mehr.

Mir ist bewußt, daß diese Überlegungen unbefriedigend bleiben. Weil sie den beschämenden Vorgang kaum erklären, geschweige denn entschuldigen können. Ich will deshalb diese Feierstunde nutzen, um mich bei Ihnen, Frau von Ossietzky-Palm, namens der niedersächsischen Landesregierung in aller Form zu entschuldigen für das, was das Land Niedersachsen dem Namen Ihres Vaters angetan hat.

Ich hoffe, Sie können diese Entschuldigung annehmen. Trotz aller Kränkungen, die Ihnen bis heute widerfahren. Daß das Berliner Kammergericht vor wenigen Wochen Ihren Antrag abgelehnt hat, das Landesverrats-Urteil gegen Ihren Vater aufzuheben, beschämt mich als Juristen doppelt. Aber das zu ändern, steht nicht in meiner Macht.

In den Schriften Ihres Vaters findet sich der Satz: "Wie man später von uns denken wird, ist ebenso wichtig, wie daß man an uns denken wird. Darin liegt unsere Zukunft. Ein Deutschland, das an uns denkt, wird ein anderes Deutschland sein."

Es gibt dieses andere Deutschland, hat es immer gegeben. Ich will hier für unser Land sprechen: Niedersachsen galt lange Jahre als muffiges Skandalland - dies Bild aber entsprach allenfalls den Regierenden, nie den Menschen in diesem Land. Nehmen Sie den Radikalerlaß, unter dem auch die Universität Oldenburg sehr gelitten hat. Daß wir ihn im letzten Jahr als eine unserer ersten Amtshandlungen aufgehoben haben, ist heute schon fast vergessen. Und das ist gut so. Denn es zeigt mir, wie aufgepfropft dieser unselige Erlaß war, wie fremd der freiheitlichen Grundeinstellung der Menschen in Niedersachsen.

Die gleiche Erfahrung machen wir auf allen Politikfeldern. Ob es um Kindergärten, um Umweltschutz, um Frauen oder Entwicklungspolitik geht: Dies Land ist voll von Initiativen, von engagierten, toleranten und weitsichtigen Menschen. Sie brauchen nur Raum, um sich entfalten zu können.

(-/7. Oktober 1991/rs/fr)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)